

DIE LINKE. Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Redaktion Wahlprüfsteine  
wahlpruefsteine@die-linke.de

**DIE LINKE.**

Netzwerk Grundeinkommen

Schönhauser Allee 163

10435 Berlin

Jörg Reiners

E-Mail: kontakt@grundeinkommen.de

Telefon: 15237280049

Berlin, den 19.08.2021

### **DIE LINKE Antwort Wahlprüfstein**

Netzwerk Grundeinkommen

*Die COVID-19-Pandemie hat den Sozialstaat an dessen Grenzen geführt. Immer mehr Menschen wenden sich folglich dem Grundeinkommen zu. Wie positioniert sich Ihre Partei aktuell zum Grundeinkommen o. g. Definition? (bitte mit Links)*

DIE LINKE will Armut bekämpfen und Teilhabe garantieren. Wir fordern ein armutsfestes Mindesteinkommen für alle, die es brauchen, das durch die verschiedenen Sozialsysteme garantiert werden muss. In der Partei DIE LINKE gibt es vertiefte Diskussionen und unterschiedliche Positionen zu einem Grundeinkommen. Viele fordern ein Grundeinkommen; viele andere halten es nicht für ein geeignetes Instrument. 2022 führt DIE LINKE einen Mitgliederentscheid zur Frage nach einem Grundeinkommen durch. DIE LINKE will Hartz IV ersetzen durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die mit derzeit 1.200 Euro monatlich - plus Ballungsraumzuschuss bei lokal hohen Mieten - die Existenz sichert und Teilhabe garantiert. Sie soll jährlich entsprechend den Lebenshaltungskosten angehoben sowie einmal in der Legislaturperiode auf die Garantie von gesellschaftlicher Teilhabe und Schutz vor Armut geprüft werden. Weiterhin soll die Mindestsicherung als individueller Rechtsanspruch und komplett sanktionsfrei ausgestaltet sein, also keine Möglichkeit für einen Arbeitszwang lassen.

<https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/>, Abschnitt "Soziale Sicherheit für alle".

*Findet sich in Wahlprogrammen (Bundestagswahl, Landtagswahlen) Ihrer Partei das deutliche Bekenntnis zur Einführung eines Grundeinkommens gemäß o.g. Definition in Deutschland? (bitte konkrete Textpassage in den Wahlprogrammen und Links)*

Die in Antwort zur Frage 1 genannte differenzierte Position in der Partei DIE LINKE findet sich ausdrücklich im Wahlprogramm: "Zusammengefasst wollen wir ein **garantiertes Mindesteinkommen von 1.200 Euro** in jeder Lebenssituation, in der es gebraucht wird. (...)Alle in der Partei DIE LINKE sind dem grundlegenden Ziel verpflichtet, alle Menschen sicher vor Armut zu schützen und gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren. Diese Garantie macht für viele die Idee eines Grundeinkommens attraktiv. Viele andere halten diese Idee dagegen für ungeeignet. Für uns ist dieses Ziel der Grund, uns für ein sanktionsfreies Mindesteinkommen von 1.200 Euro

einzusetzen, für alle, die es brauchen: ob in Rente, Kurzarbeit, Erwerbslosigkeit oder im Studium - kein volljähriger Mensch soll weniger haben. Wir führen die gesellschaftlichen Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen kontrovers und entscheiden im kommenden Jahr mit einem Mitgliederentscheid, ob wir unsere Haltung dazu ändern." (Quelle: <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/>, Abschnitt "Soziale Sicherheit für alle", S. 28 in der pdf-Version)

*Gibt es in Ihrer Partei Arbeitsgemeinschaften bzw. Zusammenschlüsse, die die Einführung eines Grundeinkommens fordern und diese Forderung im Parteiprogramm verankert sehen wollen? Wenn ja, welche? (bitte mit konkreter Benennung und Link)*

Ja. Die BAG Grundeinkommen in der LINKEN ist ein anerkannter bundesweiter Zusammenschluss. Innerparteiliche Zusammenschlüsse können durch die Mitglieder frei gebildet werden. Sie sind keine Gliederungen der Partei. Sie können sich einen Namen wählen, welcher ihr Selbstverständnis und ihre Zugehörigkeit zur Partei zum Ausdruck bringt. (Aus der Bundessatzung) <https://www.die-linke-grundeinkommen.de/nc/start/unsere-bge/>

*Hat Ihre Partei oder ein Zusammenschluss bzw. eine Arbeitsgemeinschaft Ihrer Partei ein Modell eines Grundeinkommens gemäß o. g. Definition entwickelt? Wenn ja, bitte kurz beschreiben und den Link zum jeweils veröffentlichten Modell übermitteln.*

Ja. Die BAG Grundeinkommen hat ein Konzept entwickelt, von dem hier nur der Anfang zitiert werden kann: „Das Grundeinkommen wird allen Menschen monatlich in voller Höhe auf ihr Konto überwiesen. Es wird in Verbindung mit einem gesetzlichen Mindestlohn von aktuell geforderten mindestens 13 Euro brutto pro Stunde eingeführt und führt so zu einer Umverteilung von reich nach arm. Es befördert eine geschlechtergerechte Ausrichtung der Erwerbsarbeit und anderer notwendiger Tätigkeiten. Unser Modell stärkt somit ganz allgemein den demokratischen Sozialstaat.

Die Grundeinkommenshöhe ist an die Höhe des Volkseinkommens gekoppelt. Sie stellt sicher, dass jeder Mensch über ein existenz- und teilhabesicherndes Einkommen verfügt. Jeder Mensch mit Hauptwohnsitz in Deutschland hat einen Rechtsanspruch auf das Grundeinkommen. Der Status von Illegalen und Menschen ohne Wohnsitz wird abgeschafft. Nach unserer Berechnungsgrundlage wird die Hälfte des Volkseinkommens, abzüglich der darin enthaltenen „Arbeitgeber\*innen“-Beiträge, als Grundeinkommen ausgezahlt. Aktuell (Stand 2017) ergibt sich damit ein Grundeinkommensanspruch ab dem vollendeten sechzehnten Lebensjahr von 1 180 Euro. Die Höhe des Grundeinkommens wird jährlich entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung angepasst.“

[https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/PDF/NeufassungBG\\_E\\_dinA5\\_22Okt.\\_01.pdf](https://www.die-linke-grundeinkommen.de/fileadmin/lcmsbaggrundeinkommen/PDF/NeufassungBG_E_dinA5_22Okt._01.pdf)

*Wie steht Ihre Partei zur Forderung, eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag mit dem Ziel einzurichten, die Idee, Modelle und Einführungsstrategien eines Grundeinkommens in Deutschland zielführend zu diskutieren? (bitte konkrete Textpassage im Wahlprogramm und Link)*

DIE LINKE hat diese Forderung bereits 2013 im Wahlprogramm erhoben ([https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlprogramme\\_alt/bundestagswahlprogramm2013.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlprogramme_alt/bundestagswahlprogramm2013.pdf), S.18). Der mögliche Erkenntnisfortschritt durch eine Enquete-Kommission wird unterschiedlich eingeschätzt, weil DIE LINKE mit Diskussionen zu Grundeinkommensforderungen nicht am Anfang steht, sondern mehrere Jahre ausführlich diskutiert und dabei auch Erfahrungen aus Modellversuchen in anderen Ländern betrachtet hat. Auszug aus dem Wahlprogramm: "Wir führen die gesellschaftlichen Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen kontrovers und entscheiden im kommenden Jahr mit einem Mitgliederentscheid, ob wir unsere Haltung dazu ändern." (Quelle: <https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/>, Abschnitt "Soziale Sicherheit für alle" bzw. S. 28 in der pdf-Version)

*Ist Ihre Partei bereit, Bürgerforen und -konvente zum Grundeinkommen zu unterstützen? (bitte konkrete Textpassage im Wahlprogramm und Link)*

Grundsätzlich halten wir es für sinnvoll, gesellschaftliche Fragen in offenen und auf Beteiligung orientierten Formaten zu diskutieren. Z.B. das von der Zivilgesellschaft entwickelte Instrument der Bürger\*innenräte, wonach zufällig geloste Menschen aus der Mitte der Gesellschaft Lösungen und Fragestellungen entwerfen, wollen wir unterstützen und fördern. Wir wollen verbindliche Bürger\*innenforen einrichten. Wir wollen Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen. Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte schließt auch die Einführung von Referenden ein, d. h., die Bürger\*innen können gegen parlamentarische Entscheidungen ein Veto einlegen.

*Ist Ihre Partei bereit, nach Einführung der Möglichkeit eines bundesweiten Volksentscheids auch einen solchen Volksentscheid zum Grundeinkommen zu unterstützen? (bitte konkrete Textpassage im Wahlprogramm und Link)*

Das hängt für uns vom Ausgang des LINKEN Mitgliederentscheid zum Grundeinkommen im Jahr 2022 ab.

*Auf EU-Ebene findet eine Bürgerinitiative zu Grundeinkommen in der EU statt*

*([www.ebi-grundeinkommen.de](http://www.ebi-grundeinkommen.de)). Unterstützt Ihre Partei bereits diese Europäische Bürgerinitiative bzw. wäre sie bereit, diese zu unterstützen? Wenn ja, wie? (bitte konkrete Angaben bzw.*

*Textpassage im Wahlprogramm und Link)* DIE LINKE führt die gesellschaftlichen Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen kontrovers und unterstützt in diesem Rahmen Diskussionsinitiativen und Prüfaufträge wie die EBI zum Grundeinkommen auf europäischer Ebene. (S. 11

[https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm\\_pdf/Europawahlprogramm\\_2019\\_-\\_Partei\\_DIE\\_LINKE.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm_pdf/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE.pdf)) Mitglieder der LINKEN waren bei der Initiierung und der Organisation der EBI maßgeblich beteiligt und viele Mitglieder an der Basis unterstützen die EBI ganz praktisch und sammeln Unterschriften. Auf der anderen Seite sehen viele Mitglieder grundlegende Probleme im Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens und wollen die

solidarische Diskussion darum in der Partei weiterführen. DIE LINKE entscheidet im kommenden Jahr mit einer Mitgliederentscheidung, ob wir unsere offene Haltung zum Grundeinkommen ändern.